

Beamtenfücke.

Eine Anregung des Obergespanns Aurel v. Bartal.

Die Beamtenenschaft Ungarns sieht mit größter Spannung der Entscheidung über die Frage entgegen, ob ihre zwanzigprozentige Kriegsunterstützung, die sie im Herbst vorigen Jahres bewilligt erhielt, nach Ablauf der zehnmonatigen Frist erhöht und wieviel diese Erhöhung betragen wird. Beide Häuser des Reichstages werden sich in allernächster Zeit, wahrscheinlich schon Anfangs Juli, mit dieser Angelegenheit befassen und es ist nach den jüngst abgegebenen Regierungserklärungen begründete Aussicht vorhanden, daß den durchaus berechtigten Wünschen der Beamtenenschaft im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates entsprochen werden wird. Die Beamtenenschaft hat in verschiedenen Städten des Landes zu dieser wichtigen Frage Stellung genommen und überall, wo dies der Fall war, ist diese Stellungnahme in durchaus ernster, würdiger Form erfolgt. Die betreffenden Adressen an die Regierung weisen in keinem einzigen Falle den Charakter einer unbotmäßigen Demonstration auf, sondern sie bewegen sich ausnahmslos innerhalb der Grenzen sachlich begründeter Bittgesuche.

Die Begründung solcher Unterbreitungen mag den Verfassern nirgends schwergefallen sein und die Regierung dürfte daraus nicht viel Neues erfahren haben. Ist es doch eine längst allbekannte Tatsache, daß unter der bestehenden Kriegs-

freiem Willen angeregt und hierüber schon lange vor der jetzigen Kriegsaushebungsbewegung zweckdienliche Besprechungen gepflogen, beziehungsweise vorbereitende Schritte unternommen. Mit der auf Erhöhung der Kriegshilfe abzielenden Bewegung steht diese Aktion in keinerlei Zusammenhang. Unser Obergespann war einer der ersten (vielleicht sogar der allererste) des Landes, die der Regierung eine mit ziffermäßigen Daten belegte Vorstellung wegen Gewährung einer ausgiebigen Kriegshilfe für die öffentlichen Beamten aller Kategorien unterbreitete. Wenn nun die hiesigen Beamten in demselben Sinne für eine Erhöhung der Kriegsunterstützung Stellung nehmen, kann diese Stellungnahme höchstens zur Befräftigung seines in Budapest längstbekannten Standpunktes, nicht aber etwa zur Schwächung seiner dortigen Position beitragen. Die Erhöhung der Beamtenkriegshilfe wird übrigens binnen zwei-drei Wochen schon Gesetz werden, in der Zwischenzeit aber läßt sich aus der Aktion für die gemeinsame Beamtenfücke unmöglich soviel kalmierendes Kapital schlagen, daß es auf die Haltung der hiesigen Beamtenenschaft gegenüber der im Zuge befindlichen Landesaktion entscheidenden Einfluß nehmen könnte.

Noch einfältiger ist die Annahme, es handle sich unserem Herrn Obergespann bei seiner jetzigen beamtenfreundlichen Aktion einfach nur um einen Kortechniff, den er bei den nächsten Wahlen als Trumpf ausspielen könne. Dann werde nämlich die Regierung sehr notwendig die Stimmen der Beamtenenschaft brauchen und diese müsse daher beizeiten gefördert werden. Hält man unseren Obergespann, der seinen klaren Blick schon so oft gezeigt hat und das Wahlmachen tatsächlich aus dem Hf versteht, ernsthaft für so naiv, daß er jetzt schon wieder an Parteipolitik und gar an die nächsten Wahlen denkt, wobei er sich mit Rücksicht auf diese lust der Beamtenstimmen versichern wollte? Sollte er nicht vielmehr gerade so gut wie jeder vernünftige Zeitungsleser wissen, daß 1. an neue Reichstagswahlen noch mindestens ein Jahr lang nicht zu denken ist und 2. daß auch dann auf die Stimmen der Beamten nicht einmal im Verhältnis 1:10 zugunsten der Regierungspartei gerechnet werden kann? Wir möchten die Regierung kennen lernen, deren Abgeordneten kandidaten nach diesem Krieg auch nur ein Behtel solcher Stimmen, die von Beamten stammen, auf sich zu vereinigen imstande wäre. Angesichts der in den Stadtbezirken einzuführenden geheimen Abstimmung ist mehr als die Hälfte aller städtischen Mandate von vorn herein als verloren zu betrachten und gar viele Stadtbewohner sind längst der festen Ueberzeugung, daß die Städte von der Regierung deshalb so unerhört stiefmütterlich behandelt werden, weil sie es längst als vergebliche Mühe erkannt hat, die Gewinnuna städtischer Mandate

überhaupt anzustreben, geschweige denn die immer unzufriedene Beamtenenschaft, deren Wahlfreiheit durch die geheime Abstimmung wirksam gesichert ist, anders, wie als verlorene Stimmenzahl zu betrachten. Und gerade auf die Rückeroberung dieser totficheren Verluste sollte es ausgerechnet Herr Aurel v. Bartal abgesehen haben? Ihm derartiges zumuten, heißt: sich selbst ganz unbegründeterweise für gescheiter halten, als es unser Obergespann tatsächlich ist.

Endlich und schließlich sind wir im wohlverstandenen Interesse unserer Bozsonher Beamtenenschaft der festen Ueberzeugung, daß sich die Sache machen läßt, daß sie den Existenzinteressen vieler Hunderter Familien firangestellter Hungerleider ungemein förderlich ist und daß sie darum dem Anreger nicht verkehrt, sondern von allen Interessenten mit Anerkennung seines selbstlosen guten Willens aufgegriffen und unterstützt werden sollte. Geschieht aber am Ende das Gegenteil dessen, was als selbstverständlich angenommen werden muß, dann sind die betreffenden Interessenten am Fortbestehen ihres Approvisionierungselendes nur selber schuld. Sie schaden nur sich selbst, indem sie die gute Absicht eines wohlwollenden und gewiß nicht machtlosen Freundes ihrer berechtigten Bestrebungen aus rein subjektiven Gründen verkennen und der Verwirklichung eines lebensfähigen Gedankens unvorhergesehene Hindernisse bereiten.